

Keine Politik ist in der Lage, diese über 40 Jahre angesammelte Hypothek kurzfristig zu tilgen. Aber die Probleme müssen angegangen werden. Es wäre fehlerhaft zu erwarten und Hoffnungen zu wecken, daß es nun schlagartig entschieden besser werden könnte. Ziel der Verhandlungen muß sein, das hat Herr Dr. Krause genau beschrieben, die Sicherung der Lebensverhältnisse auf dem gegenwärtigen Stand und die Lebensverhältnisse mit steigender Produktivität auch ansteigen zu lassen.

Wer in dieser Situation und angesichts der aufgezeigten Aufgaben, die vor uns stehen, von Lohnerhöhungen von nahezu 100 Prozent ausgeht und die 38-Stunden-Woche fordert, der legt Hand an den inneren Frieden in diesem Land. Das muß ihm klar sein!

(Starker Beifall, vor allem bei den Koalitionsparteien)

Und wer den Menschen vorgaukelt, es gäbe größere Spielräume für Forderungen, täuscht sie über die wirkliche Lage. Streiks haben nämlich sinkende Arbeitsproduktivität zur Folge. Lohnerhöhungen jetzt bedeuten schlicht und ergreifend Arbeitsplatzvernichtung.

Unser Fazit ist klar: Schlechte wirtschaftliche Bedingungen brauchen nicht Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich, sondern mehr Anstrengung und mehr Arbeit. Eine leistungsfähige und erfolgreiche Wirtschaft ist die entscheidende Voraussetzung für gute soziale Leistungen. Erarbeitet muß werden das, was man hinterher bezahlen will.

(Beifall, vor allem bei den Koalitionsparteien)

Stellvertreterin der Präsidentin Dr. Niederkirchner:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(De Maiziere: Nein! - Zwischenruf vom Bündnis 90/Grüne)

Ich bitte um Entschuldigung, im Anschluß an die Regierungsvertreter besteht die Möglichkeit für jede Fraktion, darauf zu reagieren. Der Ministerpräsident hat Anfragen nicht zugelassen.

(Zuruf vom Bündnis 90/Grüne: Er hat mich aufgefordert zu reagieren)

Wenn ich den Fraktionen das Wort erteile, bekommt Bündnis 90/Grüne noch einmal das Rederecht.

Es liegen folgende Redebeiträge zu diesem Tagesordnungspunkt vor: seitens der DSU, seitens Bündnis 90/Grüne, seitens DBD/DFD, seitens der SPD und vom Abgeordneten Dr. Klein, Vereinigte Linke.

Ich bitte den Abgeordneten Dr. Stefan Gottschall von der Fraktion der DSU, das Wort zu nehmen.

Dr. Gottschall (DSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fraktion der Deutschen Sozialen Union wollte an sich nicht in schwebende Beratungen eingreifen. Aber wir danken Herrn Dr. Krause und dem Herrn Ministerpräsidenten für die Ausführungen, weil wir nun wirklich etwas wissen.

(Gelächter)

Wir sind davon überzeugt, daß die Verantwortlichen der Regierungskoalition intensiv bemüht sind, einen fertigen, ich betone einen fertigen Entwurf zum Staatsvertrag vorzulegen. Wie wir heute gehört haben, wird das Montagabend passieren. Unserer Auffassung nach sollte darüber dann beraten werden, wenn die Fakten auf dem Tisch liegen. Ansonsten gibt es wieder Irritationen, und die hatten wir genug. Das kann unsere Bevölkerung nicht mehr vertragen.

(Beifall)

Und ich wundere mich, daß der Abgeordnete als Grundlage seiner Diskussion eine Information aus der Berliner Zeitung, die sicherlich nicht mehr ganz neu war, nimmt und damit hier eine Aktuelle Stunde beantragt. Ich hätte mir gewünscht, daß in dieser Aktuellen Stunde unter anderem auch darüber gesprochen werden würde, wie diese Indiskretionen, die ja dagewesen sein müssen, zustande kommen

(Aus der BRD!)

und wie und wodurch diese Artikel und Fragmente in die Zeitungen kommen.

(Aus der Bundesrepublik)

Nooke (Bündnis 90/Grüne):

Eine Zwischenfrage: Gehört zu den Indiskretionen und zu den noch nicht auf dem Tisch liegenden Fakten auch der Termin der Währungsunion? Als wirtschaftspolitisch vernünftig denkender Mensch oder sozialer Marktwirtschaftler muß man nämlich wissen, daß sich zur Zeit nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die gesamte Industrie auf diesen Termin einstellt und daß eine Diskussion stattfindet und man im nachhinein ...

(Erregte Zwischenrufe)

Dr. Gottschall (DSU):

Ich sehe das nicht als eine Frage an mich an, und deshalb fahre ich weiter fort.

(Beifall vor allem bei der DSU)

Ich freue mich trotzdem, daß diese Aktuelle Stunde stattgefunden hat, da offensichtlich PDS und wir alle besser informiert sind. Ich danke Ihnen.

(Beifall vor allem bei DSU, CDU/DA, SPD, Liberale)

Stellvertreterin der Präsidentin Dr. Niederkirchner:

Als nächster Redner hat Abgeordneter Richard Schröder von der Fraktion der SPD das Wort.

Schröder (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Einführung der D-Mark zum 2. Juli ist das unbestrittene Ziel dieser Koalitionsregierung und der sie tragenden Parteien immer gewesen.

(Starker Beifall bei der Koalition)

Ebenso ist es Konsens, seitdem wir verhandelt haben - und auch in Konformität mit unseren Wahlprogrammen -, daß es sich um drei Unionen dabei handeln muß: Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, wobei die Reihenfolge nicht so gedeutet werden soll, daß das Soziale an letzter Stelle steht.

Es ist im besonderen das Interesse der SPD, das in dieser Koalitionsregierung auch nicht umstritten ist, daß dies alles schnell und möglichst ohne Pannen geht. Es ist weiterhin unumstritten, daß dieses Ziel nur mit einem Staatsvertrag erreicht werden kann.

Diese Argumentationen von Geheimniskrämerei wollen bitte berücksichtigen, daß man einen Staatsvertrag durch Regierungsverhandlungen zustande bekommt. Eine Vorlage, die die Regierung dann mit dem Partner ausgehandelt hat, geht ins Parlament. Das vom Ministerpräsidenten hier benannte Verfahren ist in gewisser Weise dem Parlament darüber hinaus entgegenkommend.

Denn vor endgültiger Paraphierung soll, so habe ich verstanden, dieser Vertragsentwurf dem Parlament zugänglich ge-